

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Verbreitung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin Sd. 16  
Lüstchhausenstr. 15 (Redakteur E. Dittmar)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3105.06

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierjährig durch die Post (ohne Belegerung) 4 Mk.  
mit wöchentl. Beilage: Die Sanitätswarte 6 Mk.

## Unser Großkampf in Sachsen.



ie hartnäckig ablehnende Haltung des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Gemeinden zwang uns, einen Kampf aufzunehmen, der in seiner Ausdehnung und in seinen Folgen nicht nur für die Mitglieder unserer Organisation, sondern für einen großen Teil der wirtschaftigen Bevölkerung Sachsen von ungeheurer Bedeutung war. Wie in der „Gewerkschaft“ Nr. 42 schon berichtet wurde, ließ der zwölftägige uns vom Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden abgeschlossene Lohntarif ab. Unsere Kollegen hatten um Verhandlungen beabsichtigt Veränderung des Tarifabschlusses nachzuleiten, wobei natürlich die Absicht bestand, eine den Leistungswertverhältnissen Rechnung tragende mäßige Gehöhung der Lohnsätze vorzunehmen. Am 25. September 1920 fanden Verhandlungen statt zu dem dem Arbeitgeberverband und der Landeskommission, die erhielten Ergebnis lädt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes erklärte, daß er erwartet hatte, die Arbeitnehmer würden von der Forderung auf Lohnherhöhung Abstand nehmen und es würde somit nur über die Frage der Verlängerung des Lohntarifs mit den jetzigen Lohnsätzen verhandelt werden.

Der Arbeitgeberverband bestritt die Notwendigkeit der Lohnherhöhung und verzögerte an Hand der gelungenen Indizialen zu beweisen, die Preise für Lebensmittel und Garantiarbeit wesentlich gesunken seien. Die Arbeitgeber ließen sich durch unsere Einwände nicht beeinflussen und blieben bei ihrer ablehnenden Haltung.

Zu Betriebs- und Mitgliederversammlungen wurde über dieses Verhandlungsergebnis Bericht erstattet. In den 3 Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz wurde unseren Mitgliedern die Frage vorgelegt, ob sie gewillt seien, den Kampf mit dem Arbeitgeberverband anzutreten. Die vorannehmende Unzufriedenheit ergab, daß 90 bis 92 Proz. der Kollegenschaft dieser 3 Städte entschlossen waren, die Arbeit niederrzulegen, wenn der Arbeitgeberverband nicht zu bewegen sei zu weiteren Verhandlungen und weiteren Zugeständnissen.

Durch Vermittlung des sächsischen Arbeitsministeriums fanden am 5. Oktober weitere Verhandlungen statt, in denen der Arbeitgeberverband Zugeständnisse machte, wonach den betriebsarbeiten Arbeitern in der Ortsklasse A eine Zulage von 17 bis 19 Pf. pro Stunde gewährt werden soll, während alle übrigen Arbeiter der Ortsklassen A, B und C damit zufrieden sein sollten, daß die Kinderzulage von monatlich 30 auf 40 bzw. 50 Pf. erhöht wird. Der Hinweis unserer Kollegen in der Verhandlungskommission, daß dieses Zugeständnis als zu gering von der Arbeitsteilungskommission abgelehnt werde, wurde vom Arbeitgeberverband nicht beachtet; obwohl das Abstimmungsergebnis unserer Mitgliedschaft in Leipzig, Dresden und Chemnitz auch dem Arbeitgeberverband bekannt war, unterschätzte dieser den Ernst der Situation und schaute weitere Zugeständnisse entgegen. Das Arbeitsministerium übergaß den Streit gesäßte Schiedsspruch ins Auge:

„Der Aufpruch auf Lohnherhöhung wird abgelehnt. Dagegen sollen die Kinderzulagen von 30 Pf. auf 40 Pf. pro Monat und für Kinder vom 11. bis 18. Lebensjahr auf 50 Pf. pro Monat erhöht werden.“

Um zu diesem Schiedsspruch Recht zu nehmen, berief die Organisationsleitung zum Sonntag, den 10. Oktober, die Landesversammlung der Gemeindearbeiter im Freistaat Sachsen nach Dresden. Die Landesversammlung schloß einstimmig den Schiedsspruch ab und somit war der Streit unvermeidlich. Die Landesversammlung wählte eine Zentralstreitleitung, bestehend aus einem Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes, den Vertretern der 3 sächsischen Städte und 6 im Arbeitgeberverhältnis lebenden Kollegen. Die Landeskonferenz ernannte diesen Zentralstreitleitung Vollmacht, darüber zu bestimmen, zu welcher Zeit und in welchem Umfang mit dem Streit eingefangen werden soll.

Die zentrale Streitleitung, die ihren Sitz in Dresden hatte und ihre Versammlungen sofort antrug, ordnete an, daß die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke der Städte Leipzig und Dresden

am 11. Oktober vormittags in den Streik treten sollen, während die Arbeiter obengenannte Werke bereits am 9. die Arbeit niedergelegt hatten. In Meißen und Aue (Städte der Ortsklasse B) sollten am 11. Oktober nachmittags die Gas- und Elektrizitätswerke stillgelegt werden und am 12. Oktober vormittags die Elektrizitäts- und Gaswerke der Städte Reichenbach, Plauen und Zwönitz. Die zentrale Streitleitung drang darauf, daß überall die Rotsandarbeiter von den Streikenden ausgeführt werden. Den Anweisungen der Zentralstreitleitung wurde überall Folge geleistet und musterhaftes Disziplin gehalten. Die Wasserversorgung in allen Städten war sichergestellt, ebenso wurden die lebenswichtigen Betriebe wie Krankenhäuser, Konsumfaktorien usw. mit Licht und Strom versorgt. Unvermeidlich war jedoch, daß die Licht- und Kraftversorgung im privaten Haushalt eingeschränkt werden mußte und auch ein Teil Industriebetriebe zum Stillstand kamen, so daß die dort beschäftigten Arbeiter ihres Verdienstes rechtlich gingen. Diese Umstände trugen natürlich nicht dazu bei, daß die öffentliche Meinung auf unserer Seite war, zumal die diktatorischen Blätter nicht allein, sondern auch einige Arbeiterzeitungen in ihren Berichten und Versprechungen des Streiks die Leifer gegen die Streikenden einzuschlagen versuchten.

Weder die Streitleitung noch die kreisende Kollegenchaft durften sich durch diese Stimmungsmache beeinflussen lassen, sie waren sich bewußt, daß durch diesen Streik ein großer Teil unserer eigenen Volksgenossen in Mitteldeutschland gezwungen wurde und waren bemüht, den uns aufgedrängten Kampf sonst zu führen und abzuwenden.

Die Zentralstreitleitung wandte sich an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes und teilte mit, daß die Zentralstreitleitung von der Landeskonferenz ermächtigt ist, Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu pflegen. Am Mittwoch, den 13. Oktober, fanden Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß der Arbeitgeberverband sich bereit erklärte, den Streitfall einer partikularisch zusammengeschickten Kommission zur Prüfung und Schlichtung zu übertragen, um weiter erklärte er sich bereit, dem Schiedsspruch dieser Kommission zu folgen. Von der Streitleitung wurde aber verlangt, sich ebenfalls bedingungslos dem Schiedsspruch zu unterwerfen. Dieses Verhandlungsergebnis wurde den Streikenden zur Bekanntmachung über Annahme oder Ablehnung unterbreitet. Die Stimmliste der Streikenden ließ im voraus erkennen, daß der Vorstand abgelehnt würde und somit die Verstärkung des Kampfes unvermeidlich war. Die Zentralstreitleitung glaubte aber allein die Verantwortung für den verstärkten Kampf nicht tragen zu können und ersuchte den Dresdener Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vermittlung zu übernehmen. Da dankenswerter Weise übernahm der Vorstand des Ortsausschusses diese Aufgabe und so kamen unter Leitung des sächsischen Arbeitsministeriums am Freitag, den 15. Oktober, Verhandlungen zustande. Die neunstündige Verhandlung hatte folgendes Ergebnis:

Die am 15. Oktober 1920 unter dem Vorstand des Arbeitsministeriums stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Sachsen-Gemeinden und der Zentralstreitleitung des Gemeindearbeiterverbandes haben zu folgender Vereinbarung geführt:

Der Lohntarif sieht für Betriebsrat und Leiter gleichmäßig nunmehr folgende Züge vor:

Ortsklasse A: Handwerker 5,10 Pf., angelernte Arbeiter 4,85 Pf.

Ortsklasse B: Handwerker 4,75 Pf., angelernte Arbeiter 4,45 Pf.

Ortsklasse C: Handwerker 4,65 Pf., angelernte Arbeiter 3,90 Pf.

Männlichen Arbeitern im Alter von 19 bis 21 Jahren wird 50 Pf.

im Alter von 18 bis 19 Jahren 30 Pf., im Alter von 17 bis 18 Jahren 20 Pf. geminderter Stundenlohn gezahlt.

In allen Ortsstädten werden die Kinderbeihilfen auf 10 bzw. 50 Pf. pro Monat erhöht nach den Grundsätzen der staatlichen Befordnung für die Arbeit.

Die Dauer dieses Abkommen gilt bis zum 31. Januar 1921. Von diesem Termine ab ist eine zweinotige Räumigung zulässig.

Tritt während der Weltausstellung dieses Abkommen im gesamten Wirtschaftsleben eine so erhebliche Veränderung ein, daß sich die vereinbarten Lohnsätze nicht mehr realisieren lassen, so haben die Betriebsräte Partei in gemeinsamer Verhandlung in einer Beurteilung der Bechaltung eingesetzen. Die im Lohnarbeitsvertrag festgesetzten Lohnsätze gelten endgültig ab 1. Oktober 1920.

Mitsregelungen aus Anlaß der Teilnahme am Streit dürfen nicht stattfinden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit soll mit funktionscher Beschränkung vor sich gehen.

Dresden, am 15. Oktober 1920.

Eine Stunde nach erfolgter Einigung und nach Annahme des Abkommens durch die versammelten Streitenden standen in Dresden die offizielle Bedeutung auf und somit ist der Betriebsrat erachtet, wie unmissig und unrecht alle Reden und Schreien über Saatlage und andere Gewalttätigkeiten der Streitenden gewesen sind. Die Arbeitsschafft

in Chemnitz, die durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtrats beschworene Zugeständnisse erhielt, hat ebenso einmali und geflossen bereit um Friedensabsicht die Arbeit wieder aufgenommen, und auch dort ist der Betriebsrat erachtet, daß seine Rolle erfüllt ist. In diesem Raum, ist natürlich unzureichend Mittel und Maßnahmen ergriffen hat. In Leipzig, zu dem Reichenbach und Blaues erlaubten hat die Streitenden ebenfalls für Annahme des Abkommens und auch dort wurde die Annahme der Arbeit beschlossen. Nur, läßt Überlegung und die eigene Erfahrung der Kollegenrätte haben uns den Sieg gebracht.

Die sozialistischen Parteien sind ganz ehrlich und wie appelleieren nun mehr an die Solidarität der Gewerkschaftschaft. Wir fordern auf, clamorisch die von Verbandsvorstand ausgeschriebene Erklärung so schnell wie möglich zu teilen, da ähnliche und vielleicht noch schwere Lohnämpfe in Berlin, Bremen und noch anderen Orten in Aussicht stehen und die dann nur von Gewalt getrennt sein können, wenn wir gerüstet sind.

## Der erste gewerkschaftliche Betriebsrätekongress.

II. (Schluß.)

Die beiden ersten Tage des Betriebsrätekongresses hatten neben den wachsenden heutigen Gewerkschaftsordnungsgesetz in der Hauptstadt die Unterlagen geschaffen, auf der nun das neue Organisationsystem der Betriebsräte in den freien Gewerkschaften aufgebaut werden soll. Dabei sollte sich heraus - wie wir in dem ausführlichen Bericht in vorger. Nummer nachweisen, daß die Meinungsverschiedenheiten über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage (Referent Wissell), ferner über die politischen und ökonomischen Machtschichten sowie sowohl die Sozialisierung (Gildering) sehr gering waren. Daß einstimmig wurden die Resolutionen Wissell und Gildering angenommen. Auch die etwa 10 Diskussionsredner zu diesen Themen brachten wohl interessante Ergänzungsworter vor, ihre Grundausfassung bewegte sich aber durchaus im Rahmen der Kriegerndarstellung. So läßt sich also mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihren nahezu 10 Millionen freier organisierte eine gemeinsame Basis haben, von der sie ausgehen.

Die Bescheidenheit in der Auffassung beginnt erst, wenn man sich schläfzig werden soll, welche Forderungen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeit zu ziehen sind. Wir müssen allen unseren Lesern gern Gelegenheit geben, sich selbständig ein Urteil zu bilden über diese brennenden Fragen. Dessen, was hier in nachfolgendem den beiden Hauptreferenten Tschumann und Brandler etwas ausführlicher das Wort. Sollen wir eine trockne Zusammenfassung vorweg nehmen, so läßt sich das Problem etwa dahin formulieren: Während Tschumann im Grundgedanken die sozialistische Betriebsförderungswirtschaft fordert, die uns aus dem jungen Elend retten kann, hält er die Arbeiterschaft im gegenwärtigen Moment noch nicht für reif, den Sozialismus durchzuführen. Die Engstelen der Fabrik- und Handarbeiter läßt noch viel zu münden übrig. Industriearbeiter und Landarbeiter müssen zusammenwirken. Gemeinsame Arbeit zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften ist unabdingtes Erfordernis. Keine gesonderten Betriebsrätezentralen.

Demgegenüber meint Brandler, daß nicht länger gewartet werden kann. Mit alten Kämpfen kann man keine neuen Siege erringen. Alle Betriebsräte - auch die unorganisierten und kleinen - müssen zusammengezogen werden und entsprechend ihrer Mitgliederstärke sollen sie eine Vertretung in der Betriebsrätezentrale haben! Die freien Gewerkschaften sollen durchaus nicht verzerrt werden, aber der Kampf der Betriebsräte um die Kontrolle der Produktion muß einnäumen in den Kampf um die politische Macht. Die politischen Arbeiterräte müssen mit den Betriebsräten zusammenwirken.

Uns will bedürfen, daß diese Forderungen Machtfragen sind, die zu lösen von der jeweiligen Stärke der wirtschaftlichen und politischen Organisation abstehen. Zedenjärs wird unsere Macht durch die Annahme der kleinen und gelben Arbeitsbrüder nur vergrößert. So gründlich und sachlich die Darlegungen Brandlers auch waren, sie fornnten ferne nicht über den wunden Punkt hinausgezähmt: Was vermag die deutsche Arbeiterschaft zu tun, so lange der Versailler Friedensvertrag uns wirtschaftlich hindert und folgende die französische und englisch-amerikanische Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, uns zu bestreiten oder auch nur wünscht die uns zu erleichtern. Sollen wir in letzter Konsequenz der Auffassung Brandlers den Kampf mit dem Ententekapitalismus durch Waffengewalt zu erzwingen suchen? Und werden wir in diesem neuen

blütigen, national-bolschewistischen Krieg, der die unabwendbare Soziale Rache haben wäre, siegen? Es spricht nicht viel für eine Verteilung unserer Machtposition, aber sehr viel dagegen in einem solchen Fall! Außerdem dürfen wir die ganze Kraft im Rahmen heraustragen politischen wie wirtschaftlichen Kräfte der Reaktion nicht unterschätzen.

Verdächtigt man diese Tatsachen, so dürfte es keinen Zweifel unterliegen, daß wir zuvor eine viel höhere Einse des Einheitswollens und der Kraft erreichen müssen, um unsere Ziele zur Durchführung zu bringen. Doch lassen wir nun einige Auszüge aus den Referaten folgen:

Tschumann: Wenn wir die Aufgaben der Betriebsräte bezeichnen wollen, dann müssen wir auf die Entwicklung, die zu den Betriebsräten geführt hat, Rücksicht halten. Wir müssen aber auch einen ersten in den Grundzüge des revolutionären Sozialismus. Wir haben aber auch die Aufgabe, zu prüfen, ob die Betriebsräte im Rahmen des Betriebsrätestaates tätig sein können oder ob wir uns unsere Ziele selbst machen müssen. Das letztere ist es, woran wir uns einzufinden haben. Als Sozialisten müssen wir erkennen, daß wir uns nicht mehr auf eine rein propagandistische Tätigkeit einstellen können. Wir müssen vielmehr die Tätigkeit der Betriebsräte wie auch der Gewerkschaften zur revolutionären Grundlage aufzubauen, um zur Verwirklichung des Sozialismus zu kommen. Unsere Haltung müssen wir von dem Heimatpunkt bestimmen lassen, daß die Aufführung des sozialen Wirtschaftsstaates ermöglicht wird. Es ist nun die Frage zu zuverwirken, ob sich im gegenwärtigen Augenblick der Sozialismus verwirklichen läßt. Ich glaube aber weiter und frage: Ist die Arbeiterschaft für den Sozialismus reif? Da sage ich, daß dem Proletariat die Reife heute eben so steht, wie im Jahre 1914, wo die ökonomischen Grundbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus günstiger als jetzt waren. Heute ist der Wirtschaftsstaat gerüstet, die Kräfte des arbeitenden Volkes steht vor dem Auftakt der größten Not. Durch ist ein Datum geschaffen, das wir mit in unsere Erwartungen eichen müssen, und das ist, daß die Kräfte der Menschen durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen nicht geschwächt werden. Wir brauchen aber eine Verbindung des Wirtschaftsstaates, denn der Sozialismus braucht reale Unterlagen, er löst sich nicht mit Knüppeln und harter Gewalt einzuführen". Gleich ist die Verwirrung, die der Weltkrieg auf allen kulturellen und ökonomischen Gebieten anrichtet hat. Wir müssen, wenn wir an den Aufbau der Weltordnung gehen wollen, die Sünden der Kapitalistischen Klasse mit auf unsere Rechnung ziehen. Die künftliche Weltordnung ist ja hauptsächlich dadurch entstanden, daß der Kapitalismus seine eigenen Interessen außer acht gelassen hat. Gind ist jedoch seit: Das internationale Kapital hat sich längst ansaejohnt, während das Proletariat sich noch heute national die Kopie einschlägt.

Am Volkswirtschaftlichen Auskunftsbericht des Reichstages haben wir zur Förderung der Art der Gewerkschaften eine Anzahl Anträge eingereicht, wir haben verlangt, daß man im Kriege Milliarden verbraucht hat, um Menschen zu versorgen, jetzt Milliarden zur Erfahrung von Menschen ausweisen soll. Diese aus allgemeinen Mitteln zu stellenden Summen sollen nicht nur zu Unterstützungsleistungen bereitzustellen werden. Wir haben den Arbeiterschaften im Frieden den Wirtschaftsstaat auch verlangt, daß Wirtschaft, Kaufmänner und alle engagiert werden. Alle diese Anträge wurden aber abgelehnt, weil wir auch verlangt, daß d. bei den privaten Kapitalien die Profit ausgeschöpft werden soll. Wir können immer verstehen, daß das Wirtschaft und die Kapitalisten gleichwohl handeln, wenn es um ihre Interessen geht. Das Herz muß einem blauen Herzen man auf der andern Seite steht, das ist das Proletariat. Ich kann verstehen, daß der andere Seite steht, nämlich die Oberschicht, die uns mit nach Hause nehmen sollte; nämlich die Elternschaft, daß nur die Elternschaft des Proletariats uns aus diesem Elend herausbringen kann. Sicher lohnt der Versailler Frieden auf unsere Volkswirtschaft.

versammlung  
wieder einzuhören  
wurde aufge-  
stellt. Maßnahmen  
er-  
schienen sol-  
le auch durch  
Vertretung und  
in gerichtet.  
Vereine nun  
sind wieder auf-  
euer so schmuck-  
reiche Vohn-  
ausicht fehlen  
gerichtet sind.

ref.

nahezu unbare  
nach viel für  
dagegen in  
sich stark im  
Krisis der

einigen Zweifel  
des Einheits-  
rechts zur  
zeitige Auszüge

triebsschule bes-  
tigt, die zu den  
seinen aber auch  
revolutionären  
rufen, die sie  
sich können

Das letzte  
Stimmen machen  
in propagan-  
disticischen de-  
nen auf revo-  
lutionären Sozi-  
alisten Wider-  
säussern zu gewinnen,  
vermögen sie  
der Gewerkschaft für  
sich die Sicht  
seiner Grunda-  
sinniger als  
die Wohl-  
gefürchteten Rot-  
und rechte Er-  
werbsarbeiter  
besitzen vor-  
Wirtschafts-  
ungen, er läuft  
sich und ökono-  
misch auf den  
Kapitalistische-  
reichen Welt-  
der Kapital-  
eine Stüt-  
ansieghen,  
eine Kopie ein-

s haben wir  
Anträge ein-  
geführt und ver-  
traten zur Er-  
allgemeinen  
Rückführungs-  
eit von 1914  
im Volks-  
rat. Voraus-  
sahen aber  
wurde kein  
immer es  
geöffnet  
sich mit einem  
Proletariat  
durch nur ein-  
daher nur die  
eraubringen  
auf unsres

Nun zu den konkreten Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften. Das Betriebsratsrecht wurde geschaffen, nachdem die Kinder der Revolution, die Arbeitervorsteher worden sind. Das Betriebsratsrecht rief die Gewerkschaften auf den Plan, weil der Arbeitervorsteher mit diesem Recht ihren revolutionären Entwicklungsfeststellungen angelegt werden sollten. In manchen Fällen ist dieses Gebilde zu Lande gekommen. Wir als revolutionäre Gewerkschaften haben uns trotzdem auf den Standpunkt gestellt, daß nur durch Zusammenführung des Rechtes nichts erreicht wird. Wir sind erstaunt ob die Eröffnung der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte fortgeschritten, haben es aber abgelehnt, freimäßig mit den freien Betriebsräten, mit den dreistlichen und den gelb angepassten "Gewerkschaften" zusammen zu arbeiten.

Der Gewerkschaften wurde immer gefragt, daß ihre Aufgaben leeren seien. Wir können bei diesem Begriff nicht einverstanden. Die Gewerkschaften haben heute gemeinsam mit den Betriebsräten die große historische Aufgabe zu erfüllen, den Kapitalismus zu beseitigen, und durch planmäßige Wirtschaft die volle Entwicklung des Volksfortschriffs zu verbünden. Es sollen alle Betriebsräte ihr Verhalten in den Betrieben so eintreten, daß sie vor dem Gewerkschaftsrat bestehen können. Dies ist um so notwendiger, als bereits bekannt ist, daß die Unternehmer schon jetzt Material sammeln wollen die Betriebsräte, das sie im Parlament verwenden werden. Wenn wir innerhalb und außerhalb des Parlaments für eine Vereinigung des Betriebsratsrechtes eintreten werden, die Betriebsräte sollen, jenseits ihrer Tätigkeit als Betriebsräte innerhalb des Betriebes, auch im Produktionsprozeß tätig sein; denn ehe ein Jahr vergeht, wird ihr Betriebsrecht mehr als Betriebsräte verhindern, als jemals die Gewerkschaften als Gewerkschaftsbünden. Wer den Altersgedanken ausbauen will, muß den Betriebsräten zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen guten Überblick bereiten, damit und muss auf diesem Grund der planmäßigen Verbesserung und Fortschreibung, die von gewissen Seiten ausgewählt wird, entsprechen. Erstaunt nicht davon, daß ihr den Wasserzappens Politiken sozialistischen Geist einflößen könnte. Dagegen steht aber, daß ihr die vom Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern mit revolutionärer, sozialistischer Geist erhalten.

Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, daß die Betriebsräte allein unter Ausnutzung der 9 Millionen freigewerkschaftlicher Arbeiter diese Umstellung vollziehen können. Die Gewerkschaften sind das Fundament der Betriebsräte, die Betriebsräte aber sind nicht ohne sie. Sie kommt einer Aufgabe nur zufüllen, wenn ihr auch von dem Ritterboden, den Gewerkschaften, nicht trennen lassen. Läßt auch nicht darum scheuen, daß Gewerkschaften noch Anhänger der Arbeitsgemeinschaften sind. Die Arbeitsgemeinschaften, die Verbindung zwischen Kapital und Arbeit, sind ein unhalbares Ge-  
bilde, und darum werden und müssen sie fallen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärt Dihmann, daß bisher von seiner Seite, eb. S. P. D., ob II. S. P. D. oder III. S. P. D., auch nur das Richtigste geschehen ist, um die Neuanordnung der Produktion vorzubereiten. Zum Streit der Meinungen haben wir die wichtigste verlassen. Daum sage ich den Betriebsräten aller Parteihälfte, nicht, geht hin und sagt es euren Genossen und besonders eurer Freizeit, daß ihr es sollt, euch den proletarischen Friedenskampf weiter verarbeiten zu lassen. Und wer es weiß, die freien Gewerkschaften als ge- und zu bezeichnen, dem sage ich: Euer Schmiede steht nicht an die Streitlösungen eines anständigen Gewerkschafters kommt. Die Gewerkschaften bilden die legitime und gesetzliche Front des deutschen Proletariats. Sie sind unsere legitime Verteidigung. Wer die Gewerkschaften zerstört, nimmt der deutschen proletarischen Revolution den Nahrboden. Gelingt es diesem Streit, eine Kampfparade zu finden, unter der sich das gesamte revolutionäre Proletariat sammeln kann, dann sind wir einen ganz gewaltigen Schritt vorausgekommen auf dem Wege zur Neuanordnung der Sozialen Fragen. So rufe ich dann von dieser Stelle den Proletarien zu: Hört auf, euch zu zerpalten! Proletariat aller Länder, vereint euch!

**Reiterat Röpke:** Durch den ersten deutschen Betriebsrätestreit sieht sich wie ein roter Aden das Recht, endlich zu einer gerechten und geöffneten Kampffront des Proletariats zu formen. Die Unternehmer verbinden mit allen Mitteln, die Arbeiter die Betriebsräte unmöglich zu machen. Wir legen Ihnen beispielhaft diese Revolution vor. (Werter hinter abgedreht.) Wie sehr wir im Recht sind, nicht mit den Harmonieverträgen freiwillig zusammenzuwirken, können wir Ihnen auf dem einen Punkt erläutern, daß die Harmonieverträge den Kampf der freien Gewerkschaften in den Betriebseinheiten sabotieren und noch zur Stunde Streitbrecherrolle verkörpern. Die kapitalistische Freiheit verträgt mit großer Zärtlichkeit die Gewerkschaften der Gewerkschaften oder Betriebsräte. Ganz gleich, welche das Recht das "Berliner Tarifvertrag", das ist sonst nichts, sondern kein Raum, da nicht alle Betriebsräte, alle auch die Harmonieverträge und Rollen, an dem Kapitalistischen festhalten. Da ist erneut die Idee, die Ritterboden, der in der letzten Sommer der Natur und Worte ist, für Gewerkschaften und Betriebsräten von seinem Körper getrennt zu Ende erschöpft, wenn nicht die gewachsene den ganzen Widerstand erweckt. Wir befürworten nicht die Personen Richard Müller, Dietrich oder Wolgang. Wer sind oder noch nie vor mir davon überzeugt, daß die sozialen Ideen nachhaltig. Zum Schluß will ich Ihnen sagen:

Tun Sie alles für die Durchführung der Kontrolle der Produktion. Meister Bräuer gibt einen kurzen Überblick über den organisatorischen Aufbau der Betriebsräteorganisation (wir kommen darauf später ausführlich zurück, S. 4), die, wenn sie tatsächlich funktionieren soll, nicht von den Gewerkschaften losgerissen werden dürfte. Innerhalb der Gewerkschaften könnte sie ein selbständiges Bild bilden.

Wir lassen nun die Gedankengänge des Körnererenten Brändler folgen:

Körnererenten Brändler ist mit Dihmann darin einverstanden, daß die Meinungsverschiedenheiten sachlich ausgetragen werden müssen. Er klagt, daß die Opposition nicht Gelegenheit hatte, sachlich und gründlich zu den Fragen der Wirtschaftslage und der Sozialisierung Stellung zu nehmen. Wir dürfen unsere Gegenseite nicht zu einem einseitigen Voreingenommen ausarten lassen. Mit dem albernen persönlichen Begegnungen kommen wir keinen Schritt weiter. Dihmanns Ausführungen liefern konkrete praktische Aufgaben für die Arbeitsschlüsse vermissen. Seine Aufforderung: "Weht in den Produktionsprozeß wie die Wölfe zu ihrem Hunde" ist ganz absurd und unreal. Er rät, auf dem bestehenden Boden der bürgerlichen Verfassung mit parlamentarischen geistlichen Mitteln das Betriebsratsrecht zu verbessern. Dihmann wie Röpke fordern die außerhalb der Gewerkschaften stehenden Betriebsräte von der organisatorischen Zusammenarbeit auszuschließen. Das machen wir nicht mit. Die Weltanschauung der alten Reaktionen und Ausführungen der Vorführer dieses Kongresses zugrunde lag, ist die, daß wir aus der gegenwärtigen Katastrophe, aus der Not und dem Elend mit geistlichen Mitteln herauskommen können. Das betrifft wir als revolutionäre Sozialisten gegenüber allen bis herigen Rednern. Sie glaubten, daß die Mittel und Methoden des fünfjährigen Planenstreichs der Kriegszeit zur Befreiung der Freiheit ausreichen. Wir bringen halten diese Methoden für historisch überholte durch die ungeheure Umwälzung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die Christen- und Kommissarieden sind völlig andere geworden. Es zeigt sich darin, daß wir 1914 trotz vieler Anstrengungen mit 2½ Millionen Arbeitern organisiert konnten. Und diese wollten nur durch Vorrangshaltung und Arbeitsaufmerksamkeit ihre Existenzbedingungen innerhalb des Kapitalismus beibehalten. An den Sozialisten drängt sie gar nicht. Röpke wie Kommunisten sind die Romantiker, fordern die Freiheit des A. D. G. B. und der AfA sind Willkürromantiker, weil sie eine nicht mehr bestehende Wirklichkeit, die von 1914, für die Wirklichkeit von 1920 nehmen. Aus dem zusammenbrochenen Kapitalismus wird unter sozialistischen Wesen eine neue Wirtschaftsordnung geboren. Dieser Produktionsprozeß fordert zu helfen, ist Aufgabe der Betriebsräte. Das Lippenbekenntnis zur Tugend des Proletariats hat gar keinen Sinn, wenn wir es praktisch sofort für die Tugend des Proletariats, für die Erroberung der politischen Macht kämpfen. Der Bürgerkrieg ist unvermeidlich. Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Einordnung des einzelnen in die revolutionäre Gesamtfront zu schaffen. Es ist notwendig, Stärkenreiche aufzustellen, Stärke, unmittelbar, für harte und weichen. Die Sozialisierungspläne, Hilfsförderungs- und Wissells halten wir für falsch. Die felsenreiche Überzeugung von der Konvention des Bürgerkriegs trennt uns von der Auffassung der Vorführer dieses Kongresses. Es gibt nur die Einladung der Arbeitlosen in den Produktionsprozeß oder die Engpässe der alten Arbeiter in das Misereher der Arbeitlosen. Die Freiheit gemeinsam müssen den Kampf aufnehmen.

Es folgt weiter der Körnererenten Richard Müller: Die Betriebsräte entstehen will keine Konkurrenzorganisation gegen die Gewerkschaften sein. Wer das Gewinnziel verimpft, in ein bissigstes Verliererdenkt. Wer lehnen die Richtlinien des A. D. G. B. und der AfA ab, weil sie die Betriebsräte in den harten bürokratischen Apparat der Gewerkschaft zwängen. Müller ist mit Ausführungen, in denen sich sehr leicht Autonomie einer Gewerkschaftspraxis ausdrückt. Weiter berichtet er einen Artikel des Körnererenten Richard Müller, der Gewerkschaften aus dem letzten Jahre wird, daß sie überbauten zurückgeworfen werden. Müller verzerrt das von der Gewerkschaft voreingestellte Organisationsprinzip. Die freigewerkschaftliche Betriebsräteorganisation soll von den Ortsvorständen eingesetzt werden. Die Betriebsräte selbst haben lediglich die Autonomie der Stimmrechte. Die Organisation darf nicht identisch werden, sondern muß bewußt sein und sich den Anforderungen anpassen. Alle Freiheit der Gewerkschaften maßgeblich müssen werden, wie es Gewerkschaftsbünden gibt, die auf Jahre hinweg ansetzen. Der Körnererenten Richard Müller fordert die Schlußworte der verschiedenen Reaktionen und dann sehr die Abstimmung ein, die mit vielerlei Schwierigkeiten bedacht war, aber doch in flottem Tempo mit einer arbeitsfreudigen Versammlungsmehrheit gegen 8 Uhr abends beendet wurde.

Zu der Abstimmung wird die Resolution Proletat über die Erneuerung der Betriebsräte mit großer Mehrheit angenommen. Daraus kamen etwa 150 Abgeordnete zusammen. Mit der Abstimmung dieser Resolution sind Richtlinien für die Organisation der Betriebsräte zunächst angenommen und beide Resolutionen der Opposition sind damit erledigt.

Die Resolution Dökmann über den Aufgabenkreis der Vertriebsräte wird mit einem Antrag abgelehnt. Der Bremer D. erläutert, daß die Vertriebsräte auch entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung ausüben haben, fast einstimmig angenommen. Der Antrag der Oppositiion wird dem Verteil als Material überreicht.

Die Resolutionen Nörpel 1, 2, 3 werden ebenfalls fast einstimmig angenommen. Sie sind ein Antrag Alabold's entstanden, der eine Änderung des Betriebsvertragsvorschlags darbringt und fordert, daß die Werke direkt im Vertrags von 20 Wohnungsbauverein erfüllbar verändert können, daß eine Werke, Gewerkschaft und Gewerkschaftsleitung voneinander trennen müssen. Ein Antrag, den beiden Parteien unterstellt, geht aus, daß das Vertrags dem Verteil zu überlassen wird, wird angenommen.

Ein Antrag, zu den 16 Aufgabenzweigen eine Fabrikationsgruppe der Strukturierung und Verteilung einzufügen, wird dem Verteil überreicht, ebenso ein Antrag, der eine Änderung des § 4 des Betriebsvertragsvorschlags fordert. Eine Entschließungsanträge ist die Erweiterung, daß es für metallische Blätter einerseits für die Schweißarbeiter des Metallzweiges und der Gleise, die jenseit der Erfahrung liegen, eingesetzt, wird einstimmig angenommen, ebenso ein Verteil gegen die Arbeitsdienstpflicht und die Reaktionen zur Wiedereinführung des Arbeitsdienstes. Ein Antrag nach zur Wohnungsbauverein dem Verteil überreicht.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung Thum (Brandenburg), die auf die von der Betriebsverfassung geprägte Ausübung von im Bau Leistungsfähigen und auch bereits geprägten Leistungsfähigen Dienstleistungen hindeutet und von der Regierung bestimmt, mit allen Mitteln daran zu arbeiten, daß dieser erneute Verteil der Betriebsverfassung gründgeprägt wird. Die Betriebsräte werden die Möglichkeiten erläutern, bei dem von der Entente bestimmten Entwicklungsweg wirtschaftlicher Werke in die Hand zu bringen. Das Verteil des Vors. von Döbeln erinnert an die Voraussetzung eines sicheren Werkszweiges und ist mit einer noch stärkeren Verwendung des wirtschaftlichen Werks fertig besetzten. In dieser Beziehung kann es der Belegschaft überzeugen, daß es mit der Annahme offensichtlich nicht stimmt, sondern daß die Verteilung die Reaktionen auszuschließen ist zu überwinden und ihm entgehen sollte, daß die den Ideenunterstützung sich das nicht gestatten läßt. Vermischter Maßnahmen erfordert an die ausländischen Arbeiter und Angehörigen, die den jüdischen Arbeitern in diesen Tagen zu unterstehen.

Einstimmig angenommen wurde ferner eine Entschließung, die der wirtschaftsgünstigen Förderung die ideale Mittel zum Ausdruck dient, daß sie der Entwicklungsweg und den wirtschaftlichen Voraussetzungen bei Daimler, Voith und anderen ruhig steht. Ein Verteil, bei Begehung des Werkes darum in aktiver, doch aber aufbauenden Art, nach vorr. zu machen, wird von Hermann (Mitteldeutschland) Salin formulierte, daß dieser Antrag Urtreue, den Verteil auf dem Kongress gewünscht worden soll. Aufbauber bewirkt dagegen, daß der Antrag zu früh eingespielt sei. Es ist übrigens erledigt dadurch, daß durch die Annahme der Abstimmung die Wahl des Verteils durch die Industriegruppen bereitgestellt ist.

Eine Protokollresolution der Eisenbahner, die sich gegen die Abschaffung des Reichsverkehrsministeriums, die die Auflösung der Betriebsräte bedeuten würden, sowie gegen das angekündigte Verbot der Transport- und Munitionsfreizeit wendet, wird einstimmig angenommen.

Wir werden noch wiederholte Gelegenheit nehmen, die Verteile des ersten gewerkschaftlichen Kongresses im einzelnen zu beleuchten. Insbesondere bezüglich sich das auf die Frage der Industrie-Organisation. Hier müssen die deutschen Gewerkschaften erheblich Ernst machen, indem sie aus den 50 freige wirtschaftlichen Verbänden eine zusammenfassende Gruppierung nach 15 Industriegruppen schaffen, etwa entsprechend der Einteilung in der gewerkschaftlichen Betriebsräte.

Nebstehend geben wir nun die beschlossenen Resolutionen zur Organisationsfrage wieder:

**Resolution Dökmann zum Aufgabenkreis der Vertriebsräte.**

Die dem Kapitalismus innenwohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen, der Millionen Proletarien dahin mordete, unersetzbare Werte vernichtet und die Böser ins Land brachte.

Aber nicht nur der Weltkrieg setzte, sondern in verstohlem Masse haben seine Autoren immer breiteren Maßen die Auren geöffnet für den Ausbau der kapitalistischen Kriegsindustrie, die zur Gewinnung der Profitabilität gerufen. Das Wirtschaftliche wird von Seiten, sich immer mehr aufwührenden Gruppen erweitert, Gruppen, die eine internationale Einschaltung und die gesetzenden Tendenzen des Kapitalismus enthalten.

Besonders aber trifft die deutsche, im vorgeschrittenen kapitalistischen

Gewerkschaftsstadium beständliche Wirtschaft die schwersten Schärfungen. Während die leidende Klasse auch nach Seite nach Revolution ihre ganz Zustand auf rücksichtlose Verherrlichung einstellt, Sender aus Großbürokratien die tollen Blüten treiben, eine wahnähnliche Bürokratie für Deutung ins Unwesen setzt ein, ring die Qualität der letzten Maß, immer mehr zurück, wird der Reichtum der Sozialisten vom Standort Kapitaliste weiter gelebt. Die Klasse hat ein Feigenblatt wie er keine andere offenbart und unverantwortlich gehalten. Die von Hirschmann zu den 12 Taktiken im Stadtstaat verarbeitet die gegenwärtige Klasse, deren Politik keine Reaktion ist, fordert die ungeheure und die Zukunft der überwundenen Sozialisten zu Wohlstand, Schaden, Verlust erträglich verhindern will. Eine solche z. s. von Seiten ihrer Kollegen in die Tat gebrachte Wirkung kann es des sozialen Friedens so. Anders ist davon erwartet die herkömmlichen Fortschritte der Bürgertumsschicht im Großbürokrat, verschwindend klein, hinter es eine große Zahl von Hemmungen und Widerstand, gekennzeichnet mit dem Zeichen an der Seite der Geforce und Verfeindung. Konkurrenz auf dem Felde verhindern, zwischen Sozial und Bürgertumsschicht der Hand und Verantwortung unmöglich zu machen, dann mit eben kapitalistischen Methoden zu beginnen.

In dieser Gewissheit soll es der Wandel uns Gewissheit des Erfolges, während des Widerstandes 2 Fronten bei überwundenen Klasse, mit der Feuerwehrlichkeit unserer Reaktionen an die den Bürgertum auch die sozialistische Situation reichen Aufgaben herau, der Tag kommt, daß die Macht der Arbeiterschaft ihren Willen, ihre Zulieferung und Produktion nur durch die passiven Gewissheit aller Kollegen anfangen kann und Kapitaliste erlösen kann.

In diesem Sinn soll das Betriebsseiten mit den Aufgaben der sozialen Arbeit und Arbeiterschaftsarbeit geführt werden. Aber sehr in diesen Arbeitssachen müssen den Bürgertümern durch das Eisen viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt, um ihre Zeit für sie zu nutzen, um diese weiter reichende eigene Tagesarbeiten umstellen zu müssen. Die Gewerkschaften wie die gesetzte Bürgertumsschicht aber müssen sich mit ihrer einen Rolle des kleinen Dieners für die kleine Firma und ihre gleiche Pflicht demonstrativ einstellen. Die Gewerkschaften helfen als Träger des sozialen Arbeitens nichts mehrzu, an dem großen Wissen um den Erfolg eines sozialistischen Betriebes. Zeit d. s. gilt — die Betriebsräte der Großbetriebe — erreich werden, so müssen sich nicht nur der Bürgertum, die Hand und Kapitalist, es müssen sich nicht nur der Bürgertum und Kapitalist vereinen. Dies ist die einzige Pflicht einer nicht auf den Bürgertum beruhenden der Bürgertumsschicht der Bürgertumsschicht was bei der Klasse Wiedereinzogen. Die Gewerkschaften müssen mit allen Kräften bestreben, die für den Produktionsprozeß in diese Formen.

Wir fordern daher das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsvereinigung, Produktion, Preisbildung, den Verteilern usw., wo Possible des zu erzielenden allgemeinen Gewissheitsrechts der Bürgertum.

Diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten und die ganze Macht der Gewerkschaften dahinter zu setzen, macht uns die Gewerkschaften, die wirtschaftsgünstiger innerer mehr wirtschaftliche Wirtschaftsseite in einer sozialen Wirkung. Dieser ist ein wichtiger Grundstein für den Betriebsseiten, die Arbeitsschicht wird reguliert, Verteile eingestellt und kontrolliert. Damit nicht allein Unternehmungen und hier verbündeten Betriebsräte isoliert, wie die Fortsetzung des Produktionsprozesses eingestellt. Den Verteilen muss nicht nur voll Pflicht in die die Wiederherstellung des Produktionsfaktorbeziehungen, Preisbildung und Auftragserbringung über betriebenen Unternehmen gewähret werden, sondern ein weitreichendes Mitbestimmungsrecht.

Die von den Verteilern erwartete Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beziehen, sondern sie muß in einem Raum von Auton. und sozialistischer Arbeitsteilung in einer Gewerkschaftsseite über die einzelnen Arbeitsschichten (Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Betriebsrat, Betriebsrat, Betriebsrat) wie der Gewerkschaftsseite ausgebaut werden.

Diese Forderungen aufzustellen und den Verteilern die Aufgaben zuweisen, kostet den revolutionären Geist des Produktionskontrolle. Die Bürgertumsschicht denkt an Gewerkschaften daran, ihre wirtschaftliche Macht zu erweitern, wie den Bürgertum (Betriebsräten) ein mit bestmöglich kontrolliert und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß einzurichten. Diese Forderungen müssen die Gewerkschaften in den Zentren ihrer Tätigkeit Sitzes revolutionären Staates und die Wiederherstellung der sozialen Wirtschaftsonomie zu sehen, der organisierten Macht des sozialen und zentral organisierten Preises einer sozialen Wirtschaft verhindern. Unternehmungen als einer herkömmlichen Wirtschaft erneueren müssen die sozialen Maß und den enklasierten Willen der organisierten Gewerkschaften und Kapitalisten als der ausreichen den inneren Wirtschaft. Nur wenn in diesem Geiste auf der einen Seite die Gewinnung und Verteilung innerer durchgeführt werden, werden die Gewerkschaften vor ihrer sozialen Mission bestehen. Wo einzige sozialistische Gewerkschaften die Gewerkschaften bewirken, Wachstum und Erhalt der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein!

Antrag. Der Weltkrieg der Imperialistisch organisierten Betriebsräte Deutschlands beansprucht die Betriebsrätevereinigung, einstimmig mit dem A. D. G. B. und der A. D. G. P. sowie den Gewerkschaften einzuholen um die vom Reichsgericht entstehenden Anerkennungen einer Produktionskontrolle sofort an die Reichsregierung und den Deutschen Reichstag zu

en. Das an diese Körperstellen zu richtende Verlangen auf eine ausköhlende Behandlung der Nierenkrankungen ist durch die Allianz der Geschlechter mit allem Nachdruck zu unterschreiten.

#### Metastatic Warts

Der Betriebsberatung hat sich in seiner praktischen Ausübung  
die Grundlage erneuert, welche zur Einarbeitung und Kontrolle  
der Betriebsberatung sowie zur Überführung der Wirtschaft in den Besitz der  
Arbeitnehmern heranführt. Aber auch die letzten Rechte des Betriebsberatungsrates werden heute  
nicht mehr mit Unbedingtheit bzw. die Arbeitgebervereinigung nicht.  
Durch Erneuerung von Löhnen und Mieten kann für diese  
Zwecke verhindert werden, dass die Arbeitgeberverbände die tatsächliche Arbeit der  
Arbeitskraft unzulässig zu nutzen. Aus diesen Gründen ist eine Rück-  
kehr der Wirtschaft unvermeidlich geworden. Die durch die  
Arbeitskraften der Unternehmen in einer Linie hergestellte Wirtschaft  
ist nicht unzureichend. Ausnutzung für die Arbeitskraft erfordert  
die soziale Circulation und Kontrolle der Produktivität durch die  
Arbeitskraft, was aus dem Chaos der Wirtschaft herauszuholen. Der  
Wille ist notwendig, dass die Arbeitskraftheit der Betriebsberatung führt  
zu Wohl durch eine faire Circulation des wirtschaftlichen Be-  
triebsfleißes. Der erste Kongress der Betriebsberatung besteht  
aus den Betriebsberatern, welche eine Novelle zum Betriebsberatung  
erarbeitet, in welcher die Wirtschaftslösung des Betriebsberatung, das  
Betriebsberatungsrat bei Einschlüssen und Entlassungen, das volle  
Einkommen und bei Betriebsstrukturierungen und Betriebsberatungen  
festgelegt wird. Diese Novelle ist der Regierung dem Reichstag und dem  
Wirtschaftsrat zu überreichen. Der erste Kongress der Betriebsberatung  
wurde fortan als oberste Instanz weiter auf, die Mitglieder der  
Betriebsberatung durch die Betriebsberatung über die getroffenen Maß-  
nahmen aufzuklären und eine Stütze zu errichten, die notwendig sind,  
die Erfolgergebnisse der Novelle durchzuführen.

II. Das § 72 des Betriebsverfassungsgesetzes ist vorgetragen, daß den Betrieben eine Betriebsabstimmung über Betriebsvereinbarungen und Verfestigungserklärungen ist. Die Bedürfnisse zu erfassende betriebliche Wesen liegt noch nicht vor. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschlands fordert die unabhängige Deutshlands auf, mit einer Freigabe dieser Abstimmungen, daß es sofort einsetzende Maßnahmen verhindert wird, nachdem die vorliegende Betriebsabstimmung über Betriebsvereinbarungen und Verfestigungserklärungen den Betrieben in jede Möglichkeit gibt, daß sie ihre Regeln und Lasten auf rationelle Verhältnisse der Produktivität und diesem vorgenommenen Material erweichen zu erhalten ist. Der erste Kongress der Betriebsräte Deutschland erwartet, daß sich alle Betriebsräte für die Verfestigung dieser Aufforderung einsetzen. Er erwartet weiter von den Betriebsräten, daß sie die ihnen zu wiedergebenden Anstrengungen nur im Allgemeinen zu unterstützen. Da der letzte Absatz des § 72 des Betriebsverfassungsgesetzes, meist über die potentiellen Kräfte und Fähigkeiten zu beweisen, dem Überzeugungsinteresse entgegensteht, werden die Gewerkschaften veranlaßt, Abstimmung zu untersuchen, daß dieser Absatz in Regel all kommt.

er vor. Er ist eine Musterung der Interessen des Deutschen Reiches, welche die  
eigene Verschuldung dieses Gefolges. Die Petitionsäste sollen im  
Höchststand des Außenministeriums vertreten. Sie haben insofern das  
Vorrecht und Anspruch, welche das Außenministerium wahren,  
sollen und alle gegen das Außenministerium verlorenen Ansprüche der  
deutschen Mitglieder des Ausländerrats zu befürworten. Da die Petition  
für ihre Handlungen den Vertragsstaaten gegenüber verantwortlich sind,  
sofern diese Gewährer der Allgemeinheit die Verantwortung tragen  
von dieser zur Rechenschaft gezozen werden, so kann die Haltung der  
Petition, wie sie für die übrigen Aufsichtsamtmitglieder vorgeschrieben  
wurde nur Kapita isthe Amtchen vertreten, nicht in Frage. Des-  
gleiches Wesen darf bestreite Bekämpfungen nicht erhalten.

### **Resolution Vrolat zur Organisierung der Betriebsräte.**

Die Arbeitsschaft hat die Recht, die ihr als Klasse innerwohnt, auf allen Entwicklung zu bürden. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat zu rufen und sich auf die dazu bleibenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Tätigkeit im Produktionsprozess beständige Aufgaben gestellt, deren Lösung ihrer grobe Verantwortung verlegt. Die Betriebsräte führen ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, so noch wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Wege von Gegen zu weisendem Kapital und Arbeit auszuüben haben. Die Stützung auf Gewerkschaften ist gewollt, weil die Betriebsräte ihre Zuständigkeiten nicht lösen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften böhren. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache selber selbst.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zu verankern. Eine Sonderorganisation des Betriebsräte ist weder noch rein von Partei, sie würde vielleicht, abgesehen von einer Vereinigung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die willkürliche Verteilung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte schwächen. Dagegen ist eine Suppenkommunikation der Betriebsräte im Anschluß an die Eröffnung des A. D. B. R. und der Kfa. sowie die Zahlung einer Abrechnung gemeinsam mit der Sitzung der Gewerkschaften notwendig. Die politische Reformverschaffung der Betriebsräte und die Bildung einer demokratischen Seite der Kongresse nur auf dem Boden der Räteinheiten des A. D. B. R. und der Kfa. geschehen. Der vom Konzert so wünschte Anteil wird beansprucht, in Gemeinschaft mit dem gesetzstreuenden Aus- und führt die Verteilung der Wahlen in den Bezirkswirtschaftsräten vorbereiten, sobald deren Bestreite feststehen.

## **Unser Mitgliederstand am 1. Oktober 1920.**

200 000 WEITLIEBE ÜBERSCHritten!

Um Berichtszeitraum September sind wir wieder einen guten Schritt in der Entwicklung des Mitgliederstandes vorwärts gekommen. Wir hatten an 38 Orten durch Errichtung von Filialen Neustart gewonnen, in dem sich die Organisation noch weiter ausweiten kann. Auf diesen ist zu erzielen ist es, daß die Entwicklung der Vertriebsstelle auf deren Bedeutung wie wiederholt an dieser Tafel wird auch durch Numm. 14 werden die Filialleistungen ausführlich modifiziert, präzisiert und erweitert.

Die kleinen Unterstöß, Cöln, Brandenburg Land, Adm.,  
Weiner, Ransau, Resem Düsten, Gorleba, Emmerich, Uer-  
den, Sölden, Tannenf, Meppe, Tönels, Soltau, Türrheim,  
Engen, Wildstett-Lond, Christiansholm, Henrichswalde, Preuß.-  
Schan, Grauen, Lüderstorf, Salzwedel, Woskud, Benedicti-  
bauern, Sternz, Neurawelt, Torgelow, Metzheim, Geuberg und  
Gneistien haben sāon den zweiten Monat nicht be-  
richtet. Hoffentlich genügt diese Veröffentlichung, um im  
nächsten Monat von den kleinen eine Petenzzeit zu erhalten.

Mit einem Mitgliederstand von 235 231 männlichen und 62 653 weiblichen, zusammen 297 887 Mitgliedern in 756 Filialen, schlossen wir den Monat August ab. Nach den eingezahlten 615 Fertigabgaben waren am 30. September, also am Schluss des laufenden Fertigabgabes, unter Übernahme des Mitgliederstandes vom Monat August für 111 alte Filialen, die nicht veränderten — außer den 33 neuen Filialen —, 235 068 männliche, 61 800 weibliche, insgesamt also 296 868 Kollegen und Kolleginnen in der Organisation vereint.

gewolltlos haben wir die staatliche Zahl von 300 000 Mitgliedern längst überdrückt, denn in den 33 neuen nicht-konsolidierenden Akten, von denen 13 nicht berücksichtigt wurden, weil sie noch nicht im Besitz der Karte gekommen waren, sind mehrere hundert Mitglieder vorhanden.

Gegenüber dem Monat August ist also für den Berichtsmonat September zu verzeichnen eine Zunahme von insgesamt 2581 Mitgliedern, die sich, da die genannten Mitglieder einen Aufgang von 116 aufweisen, teils auf die verlorenen Mitglieder verteilt, teils aus Berlin sind gegenüber dem Vormonat über 2000 nicht als Mitglieder mehr angemeldet worden.

Nr.	Gau	Anzahl der getöteten Lebewei- se am 1. Februar 1920	Anzahl der Blutgefeuer am 1. Februar 1920			Summe	Satz der Arbeits- losen
			unmittel- bar	mit- hilflich	zu- ammen		
1	Mengsburg	5244	4679	452	6131	* 113	29
2	Berlin	47059	32517	16271	48788	1729	572
3	Brüselfeld	4015	3646	609	4255	240	207
4	Bonn	11239	10004	1174	11178	* 61	42
5	Brandenburg	8291	6507	2006	8513	222	109
6	Bremen	7309	6548	652	7200	* 109	62
7	Breslau	17749	12306	5402	17768	19	664
8	Dortmund	3970	2980	1124	4104	131	7
9	Dresden	10874	8864	2097	10961	87	272
10	Düsseldorf	11422	9078	2511	11589	107	76
11	Erfurt	8652	3145	59	3742	90	28
12	Frauenf. a. M.	16727	13719	3084	16803	76	301
13	Frauenf. a. d. S.	4419	3606	739	4345	* 74	92
14	Golberstadt	8748	8217	536	8753	5	81
15	Hamburg	25020	19628	5235	24863	* 157	866
16	Hannover	7079	5802	1230	7032	* 47	43
17	Jena	6067	3548	1441	4989	* 78	87
18	Karlsruhe	7801	6890	1113	8012	211	51
19	Kassel	8772	2996	780	8776	4	1
20	Kiel	4276	3381	031	4312	36	85
21	Königsberg i. Pr.	11510	8869	2682	11560	40	94
22	Leipzig	6578	4762	1850	6612	34	91
23	Lübeck	4701	3599	1079	4678	* 23	44
24	Magdeburg	6536	6433	846	6279	* 277	151
25	Mainz	4666	3874	820	4694	28	48
26	Mannheim	9818	8559	1448	10007	189	81
27	Münden (Stadt)	9175	6654	2637	9291	116	527
28	Münden	2183	1669	438	2107	* 76	18
	Vor. Degaendorf	1563	1481	182	1613	50	18
	Vor. Trautheim	1445	1352	88	1440	* 5	115
29	Nürnberg	7279	6260	946	7212	* 67	166
	Vor. Würzburg	1774	1686	128	1814	40	36
30	Stettin	6018	5029	1167	6196	178	55
31	Stuttgart	7284	6294	936	7230	* 64	63
32	Wiedau	7781	6335	1478	7808	27	201
	Einzelmitglieder	223	137	86	223	-	13
• Abnahme		297287	235068	64300	299868	3722	5334

Die Tabelle zeigt als Vergleich den Mitgliederstand vom 1. September gegenüber dem vom 1. Oktober, gegliedert in männliche und weibliche Mitglieder und ist die Zu- und Abnahme der einzelnen Gruppe bzw. die Zahl der Arbeitslosen innerhalb des Raums ersichtlich.

Gegenüber der im Vormonat gemeldeten Zahl von 5518 Arbeitslosen ist im Periodemonat ein leichter Rückgang eingetreten. Es wurden 5334 Arbeitslose gemeldet, also eine Verminderung von 184. Die Arbeitslosen verteilen sich auf 4982 Männern, 1223 Kolleginnen am Erste und 22 Kollegen und 5 Kolleginnen auf der Reise. Aus der Produktion ausgeschlossen waren im I. Quartaljahr 5365 männliche, 2340 weibliche, zusammen 10.905 Mitglieder, mit einer Arbeitslosigkeit von 260.520 Tagen. Für den einzelnen Arbeitslosen war eine Arbeitslosigkeit von 24,7 Tagen im Quartaljahr zu verzeichnen.

Unterstützt wurden im III. Quartaljahr 8743 männliche, 1223 weibliche Arbeitslose mit 73 705 bzw. 25 215 Unterstützungsablagen, die eine Ausgabe von 114 621 bzw. 30 414, insgesamt 145 035 DM erforderten.

Die hier für unsere Organisation veröffentlichten Zahlen über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit, deosgleichen über die hier für erforderlich gewesenen Ausgaben, bezeichnen nicht nur das Einzelne, sondern auch das Gesamtbild der wirtschaftlichen Krise zu Genüge. Nicht nur in der Zahl der Arbeitslosen macht sich diese Krise bemerkbar, sondern auch in einer allgemeinen Erweiterung der Arbeitslosigkeit durch Einführung der Kurzarbeitszeit.

Mit der Miete für den Monat Oktober beginnt erstmals am 20. dieses Monats) gelten den Sitzungssälen mit einem erlaubten Mindestlohn ein Tagebogen über Nutzbarkeitszeiten zu, der genau ausgeschüttet, mit der genauen Verdienstliste verbunden ist. Die Bekleidung dieser durch das Nachrömmt für die Bewilligung benötigten Unterlagen findet demnach unsere Unterstützung, weil es zweifellos auch für uns von praktische Hilfe zu erhalten, immerweit in sozialen, Staats- und Reichsangelegenheiten eine Steckung der Arbeitsgelegenheit durch Einführung der Nutzbarkeitszeit herangebringen hat.

Der ganze betrachtet, bietet die Entwicklung unserer Organisation auch im Monat September ein zufriedenstellendes Bild. Dank der Erfahrung von der Rundschauzeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Möge jeder Holzige und jede Holzige dazu beitragen, daß der Monat Oktober ein würdiges Nachholjahr werde.

Wehrheit des Volkes, besonders die Arbeiterschaft, dort stand, wo ihm gehörte, nämlich in den sozialistischen Parteien. Wie anders konnten die Sozialdemokraten in den Stadtgemeindewahlen, Punkten siehe im Beilage, antreten, wenn ihre Partei mindestens ebensoviel politisch wie gewerkschaftlich organisierte Arbeiter standen? Wie gern anders könnte ein Wahl-

lamps geführt werden, wenn solche Massen in der Bewegung standen, gern abrücken von den Erfolglosen, die direkt worteten. Man holt so oft sagen: die Sozialdemokratie hat nichts getan für die Arbeiter. Sie so idioten, sind mein. Lute, die der Arbeitersbewegung bis vor kurzer vässtiern fern standen, sind momentan Arbeiter, de em eigenem Leibe die entsprechende Tugend der Arbeitersbewegung bereits erhaben, es aber in wahrer bilden wollen, ned ihre Gehirne durch die Kultura jogenen, die ungarantieren? Dieungen zwecklos sind. Weil sie noch bei jene Pläne unterschlagen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben die Sozialdemokratie und alles, was nur laudens und damit zusammenhangt, zu verfliegen und zu bejedeln. Darum ist eine Pläne eines freigewerkschaftlich organisierten und indenfenden Arbeiters, das er vor allem die Zeitung lebt, die ja zuerst eigentlich vertritt. Und des ist die soz alisti Zeitung. Graus deshalb mit den bürgerlichen Organen, das beweisen, hinaus mit den Verbindungsmitgliedern euren Wohnungen und dafür soll kein die Arbeiterspreche sein oder Wirtschaft. Dann aber auch nicht reden und eintreten in eine Arbeitersverein. De Pläne wir die sozialistischen Partien standen, deß führt werden sie im Sinne des Sozialismus wofür feiern. Wenn auch zurück ein Widerpositiv inhalt der Sozialdemokratie aufgebrochen ist, zu ändern das muss an der Tatide, soh alle die "Widderungen" die Bemühungen der Schulem des überkommnen Volks im Auge haben, sie wollt da es nur auf wird etlichen Wegen erreichen. Der Wirtschafts- und Politik ist kein Platz darin und das kein Grund sein, obetts zu haben. Rechts hat der Teufel. Das müssen wir bedenken, wie uns keinen alle bewirkt, wird auch eine Einigkeit vorstellen - Aber nicht nur an sich allein soll der Arbeitersdenken soll auch seine Frau anführen, soll die Mutter und Geschwister, damit auch die kleinen in wichtiger Entwicklung da Mannen gefördert werden. Den Verteilungsplan der Commissarien wird die Pläne, unermüdlich in der Ausbildung zu sein. Denn die Realität lastet auf den Augenlid, die so verbauten Gewohnheiten sind momentan abwesen. Doch dieser Wunsch nur Wunsch bleibt, dafür müssen wir uns erledigen zu lassen!

## **Staatsarbeiter**

Die **Wenigwürdigkeit** der politischen Organisation, so ihre bessere Stellung verneint hat. Nürnberg ist nur viele Monate noch immer ein Bad mit sieben Teichen. Sie sind der Meinung, es genüge vollkommen, wenn man sein Mitgliedsbuch vor die Gemeinde in der Vorde hat und jede Befreiung rechtmäßig bezahlt. Daar ist es aber nicht getan. Nur der Zusammenhang aus gewisser staatlicher Organisation übernimmt nun auch die Verpflichtungen des Einflusses der Arbeiter auf dem Gebiet der Politik im Sinne der arbeitenden Massen zu stärken und zu festigen. Der Gewerbe muß gejährt werden, doch es genügt, wenn die Arbeiter die unmittelbare Macht in Händen haben. Der verborgene Gewerbe-Vormarsch hat einmal das Spiel geprägt: "Klarer und vereinfachter sind eins!" Heute ist diese Zusammengehörigkeit mehr als je am Platze. In weit höherem Maße, als dies in der Vergangenheit der Fall war, wird heute der Arbeiter auf einander angewiesen. Vorerst aber verhindern jene sich aussenliegenden und gegen den Parteipräsidium des deutschen Reichstagsvereins die Waffen in die Hand zu gehobner Stunde die Arbeiterschaft um den legenden Reichtum der Industriekonzernschaften zu bringen. Bevor wir uns einmachen, die Dinge faszinieren. Wir leben über 8 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Am 6. Juni wurden über 11 Millionen jugendliche Stimmen abgegeben. Wie viele von den Stimmabgeordneten sind wohl werth für sozialistisch organisiert, das mögliche wie viele haben wohl über Stimmabgabe den Betrieb zu trennen, ehe von dem jüngst vorhandenen sozialistischen Rückenfeuer loslassen? Bedenklich ist das Verhältnis der westlichen Parteien mit gleicher zur Stimmabgabe des 6. Juni ein äußerst betrübliches. Und das offensichtlich zu gestalten, um, wie es oft hier vorkommt, und bei den Deutschen geschäftsmäßig organisierte Gewerke im Lande mit dem daran, wie die Streik- und Gewerkschaftsverbände gesetzlich gestraft haben, sich im November 1918 verfeindet, als die Front unter dem Rechtfertiger der Mäßigung, welche der Entente freigesprochen zuließen. Wie sie plaudlich waren, als sie so verbündet einen Zusammenschluss in die Räume entstehen, um die "Gewerke" in reten. Wie aber wurde erster von den Arbeitern die große sozialistische Ausbildung gefordert, weil er ja aus dem bestreiteten Land ein Parteibesitz machen wollte? Nun kann man der Sozialdemokratie unmissverständlich im Sinne des Organisationsbegriffes des deutschen Volkes zu bestrafen? Ganz nicht, da

Bonn. „In welcher Weise man verfügt, obwohl Tarifverträge bestehen, den Angestellten private Dienstleistungen aufzuhalten, die jenem Befrei von Anfang widerstreden, zeigte sich in einer Tarifverhandlung der Angestellten und Arbeiters des Metzgervereins in Bonn. In einem letzten Vertrag bestand diese Firma, Tuhr, Wiedermann, Lü, alle Meisterfirmen unj., so die Angepelte jedoch aus keine eigenen Rechten zu führen.“ Wir möchten dem Journalum „Bundes-Handelsblatt“ empfehlen, doch er verlor leider bei der rasch für die Wintermonate eintreffenden Druckerei eine Urkette mit. Einigung kann die Verhandlung es ab, sich mit dem Vertrag auch nur zu befriedigen. Aber man kann auch anders als spätestens am 1. Januar erneut mit 5 Minuten folgte gefündet werden um angepeiltes Punkt zu machen für Personen das dem Abrechnungsgebiet. Der Hinweis auf die Unrichtigkeit dieser Mündigkeit hatte zur Aufforderung: „Sie habe für Sie keine Arbeit mehr, und rufen Sie an der Schiedskommission ab, dann können Sie in meine Wohnungen ziehen und ich gibt Ihnen wöchentliche Gehalts“. Dabei sind noch Redige in Arbeit und einzelne Dienststellen mit Arbeit überlastet, dass eine Entlastung gar nicht erforderlich ist. Der Schiedskommissionsauftrag ist bereits angesetzten, auch bei dem Abschluss für die Arbeiter glaubt man kein anderes Vergleichsmodell zu können als der klare Wortlaut befolgt. Aber die Arbeit wird auf dem Posten, sie lassen sich ihre Rechte nicht abschmälern.

**Mofeheim.** Das Straßen- und Flusshafenamt hündete am 25. Januarer jährlid mit Werderbauten beidörft geabordneten er Pauliels Mofeheim statut darin gab dem Amte verboten, Oberamtmann Pauli, eine Leitung des Meistereinsatzes wenn bei Hochwassersitzen des öffentlichen Rechtes die produktive Erzeugungsmitte in Sticht ist. Zudem lieg der füller Befehlungen um 10 bis 15 Prog niedriger sein müssen als der in anderen Petrischen Wirkung, damit eine Abwehrkunst zu den Weisheitsarbeiten erfordert. Der Oberamtmann kann weiter nichts zweit Abgängen mit einer Stecke pflegen können, als in den Bereich der provostum Gewissensbefreiung, gretend den Arbeitern den Fasch als ausdrückliche Verantwortung. Der Oberamtmann kann sich aber ins Wege, weil die productiv selbst erfüllt erfüllt sind und nicht in Länge zu waren, der Oberamtmann den Maßnahmen in tellem College Philipp verhindern eine Empfehlung herbe zu führen doch ohne Erfolg. Der Oberamtmann sollte unbedingt dort im Name sein und bei den Arbeitern das Sparen anstreben. So kam diesem Herrn und bei den Arbeitern das Sparen anstreben.

et stand, so  
2. Be. p.  
dgemeinde,  
ann für  
idarität  
e ein Wo  
r Bewer  
eitlere  
e hat man  
id meist  
ern nun  
erpricht  
aber n  
re jenen  
e noch ke  
nicht hab  
damit z  
rum ist s  
und fr  
heit, die je  
alst i  
Zugewin  
merien e  
preise fo  
nd er  
egangsfeld a  
es Sozial  
scheint im  
et das m  
wirtschaft  
e, sie woll  
wirtschaft  
oberts zu  
n brechen  
gkeit mögl  
eiter den  
und Fried  
nung d  
Cannan, a  
a jem. Den  
le Bewegung  
sund bleibt,

**Groß-Osterleben.** In der Versammlung der Strafenwärter des Landesbaus Magdeburg am 13. Oktober im Groß-Caugleben waren vom Landesbauamt Herr Bautechnikus und Herr Stochmeister Hahn erschienen. Von den stellvertretenden Herren Krautbott und Herrn Hahn an der Versammlung teil. Herr Bautechniker Krautbott nahm das Wort, um seine Ansicht über den § 22 des Tarif-Abkommens einer Betriebsversammlung darzulegen, er konnte keine gemeinschaftlichen Versammlungen nicht als Betriebsvereinigungen anerkennen, weil sie aus Provinzial- und Kreisstrafenwärtern zusammengesetzt waren. Der Hörer stellt an, daß es möglich sei, wie die Sache zu regeln ist. Vorsitzender Krautbott vom Landesbauamt Magdeburg vertraut den entgegengesetzten Standpunkt, worauf aber, daß es im Sinne des Betriebsvertrages auch nach dem Tarif angegangen sei, Petitionsversammlungen abzuhalten. Auch Landrat Hahn äußerte sich in diesem Sinne. Die Versammlung beschloß: Der nächste Tarif, der im Januar 1921 in Magdeburg stattfinden soll, ist eine Betriebsversammlung des Landesbaus und eine solche des Kreisbauamts vorzusehen. Hiermit erklärten sich die Herren Abordneten. Hiermit referierte Kollege Meister Magdeburger. Tarifversammlungen im allgemeinen und der Tarif der Strafenwärter im besonderen. Verbindliches Anträge der Versammlung, die erhobenen Forderungen für Kreisstrafenwärter, wurden angenommen.

**Schwanebeck.** Am 4. Oktober hielten die Strafenwärter und Leiter des Kreises Osterleben in Schwanebeck ihre Betriebsversammlung ab. Kollege Meister Magdeburg berichtete über die Betriebsverhandlungen, insbesondere über den § 4, wodurch nach seiner Auffassung zur Zusicherung der Abstimmung ist. Die Versammlung war mit den Ausführungen einverstanden. Es wurden erledigte Forderungen dem Gauteam unterbreitet zur Weitergabe der zuständigen Behörden. Die Versammlung war von allen Befragten (70 Mann) befürchtet.

### Landstraßenwärter

**Groß-Osterleben.** In der Versammlung der Strafenwärter des Landesbaus Magdeburg am 13. Oktober im Groß-Caugleben waren vom Landesbauamt Herr Bautechnikus und Herr Stochmeister Hahn erschienen. Von den stellvertretenden Herren Krautbott und Herrn Hahn an der Versammlung teil. Herr Bautechniker Krautbott nahm das Wort, um seine Ansicht über den § 22 des Tarif-Abkommens einer Betriebsversammlung darzulegen, er konnte keine gemeinschaftlichen Versammlungen nicht als Betriebsvereinigungen anerkennen, weil sie aus Provinzial- und Kreisstrafenwärtern zusammengesetzt waren. Der Hörer stellt an, daß es möglich sei, wie die Sache zu regeln ist. Vorsitzender Krautbott vom Landesbauamt Magdeburg vertraut den entgegengesetzten Standpunkt, worauf aber, daß es im Sinne des Betriebsvertrages auch nach dem Tarif angegangen sei, Petitionsversammlungen abzuhalten. Auch Landrat Hahn äußerte sich in diesem Sinne. Die Versammlung beschloß: Der nächste Tarif, der im Januar 1921 in Magdeburg stattfinden soll, ist eine Betriebsversammlung des Landesbaus und eine solche des Kreisbauamts vorzusehen. Hiermit erklärten sich die Herren Abordneten. Hiermit referierte Kollege Meister Magdeburger. Tarifversammlungen im allgemeinen und der Tarif der Strafenwärter im besonderen. Verbindliches Anträge der Versammlung, die erhobenen Forderungen für Kreisstrafenwärter, wurden angenommen.

**Schwanebeck.** Am 4. Oktober hielten die Strafenwärter und Leiter des Kreises Osterleben in Schwanebeck ihre Betriebsversammlung ab. Kollege Meister Magdeburg berichtete über die Betriebsverhandlungen, insbesondere über den § 4, wodurch nach seiner Auffassung zur Zusicherung der Abstimmung ist. Die Versammlung war mit den Ausführungen einverstanden. Es wurden erledigte Forderungen dem Gauteam unterbreitet zur Weitergabe der zuständigen Behörden. Die Versammlung war von allen Befragten (70 Mann) befürchtet.

### Aus unserer Bewegung

**Groß-Berlin.** Der Zusammenschluß der bisher zum Gau Brandenburg gehörten Räte, jeweils sie in den Grenzen der beiden Stadtteile Berlin liegen, mit der Akademie Berlin ist vollständig vertraglich. Die Verwaltungseinheit sind auf die Kreisräte Berlin-Süd und Berlin-Nord übertragen. Im Spandau befindet sich das Verbandsbüro Auguststr. 17 parat. Die Besoldungsgrundlage ist ein Mindest- und Sonderlohn von 6 bis 8 Uhr.

**Bonn.** An der Generalsejmung am Samstag, den 9. Oktober, nach Kelle den Betriebsbericht. Zur Feierlichkeiten hinzugekommen ist Neumann, wo der gesamte der Akademie Bericht zu uns übergetragen ist. Die Metallarbeiterbewegung in der Akademie ist unter der großen Arbeitslosigkeit, da die Gemeinden Entlassungen vorgenommen, um ihre Ersatz durchzuführen. Von den vor wenigen Wochen noch restlos Ortlich organisierten Betriebsräten traten 51 Abgeordnete an und über. Die Akademie hat einen Bestand von 900000 M., auf die Hauptstelle hatte anfangs für Arbeitslose 80000 M., Kranfengelde 100000 M. und an Streuobstzucht 100 M. zu zahlen, während die Einrichtungen 180000 M. betrugen. Der mit dem Arbeitgeberverband vereinbarte neue Tarif wurde gutgeheissen. Die notwendig ge-

worbenen Erfahrungswahlen zum Vorstand ergaben die Wahl des Kollegen Hüttwohl als Kassierer und des Kollegen Gilleßen als Beisitzer.

**Wöbbelin.** Zu der letzten Versammlung erhielt die Kollegenschaft Wöbbelin vier die Tarifverhandlungen mit dem neuen Arbeitsamt verbunden, dem auch die Gemeinde Wöbbelin betreut wird. Das Ergebnis der Abstimmung der Majore A 2 zugestellt und in den Schülern der Gemeinde eingetragen, die in Wöbbelin kommenden Toleranz Lehre am 15. August zu gewähren. Unter den bisherigen Zuständen, auch Weitem und Wiesendorf nach gleichen Grundsätzen zu schließen, kann noch die Verhandlungen fortsetzen. Die Kollegenschaft erklärte sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden.

**Lautan.** In der zurückgezogenen Versammlung am 6. Oktober bestätigte der Kästner Lautan über die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Gemeinkostenabrechnung betrug 172950 M. Abgewandt an die Hauptkasse wurden 101110 M. Die Lofatausgabe betrug 34405 M. Kleiner Lofatausgabenstand 31750 M. Die Mitgliederzahl beträgt 58.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

**Die Siebente Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 4. Oktober nahm die Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress vor. Sie gewählt nach Industriegruppen und hatten folgendes Ergebnis: für die Gruppe Braugewerbe, keramische und Glashüttenindustrie Kappel (Brauerbeirat), Selbstvertreter Etzine (Brauerverband); Nahrung- und Getränkeindustrie, Fabrikarbeiter Schmidt (Brauereiverband), Selbstvertreter Brey (Fabrikarbeiterverband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, lithografische Druckerei Seib (Druckdruckerband), Selbstvertreter Huetten (Druckdruckerband), Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitung Simon (Schuhmacherverband), Selbstvertreter Jädel (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrsgewerbe, Metall- und Stahlarbeiter Schäffel (Eisenbahnerverband), Selbstvertreter Urban (Angestelltenverband); Bergbau, Metall- und Holzindustrie Döhrmann (Metallarbeiterverband) und Hück (Bergarbeiterverband), Selbstvertreter Klebe (Maidenjungen- und Heizerverband) und Tarnow (Holzarbeiterverband). — Eine lebhafte Diskussion entstand hier bei der Frage: Leitung von Erziehungsstätten für den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Extrabudget von 20 Pf. für jedes Mitglied der angehörigen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundesföhrer Habe begründete den Antrag mit der allgemeinen Tendenz und mit der Erweiterung der Aufgaben, die dem Bundesvorstand zugewiesen werden. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter erklärten erstmals die Kommandanten an, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müssen und daß die Angestellten des Bundesvorstandes in ihrer jetzigen geringen Zahl und bei den Leidenschaften der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschllossen wurde, auf die Rückzahlung der Verträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterstützung der notleidenden Gewerkschaften in Deutschland vorgestellt haben, wodurch sich die Zahlung der Erziehungsstätte für das laufende Jahr erübrigte. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Extrabudget bewilligt.**

**Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe.** Wie häufig sich das

Unternehmertum wieder fühlt, zeigt der Kampf, den der Arbeitgeberverband mit dem Berliner Zeitungsgewerbe gegen die Arbeiterschaft inzwischen hatte. Die Angestellten im Zeitungsgewerbe hatten Forderungen auf Erhöhung ihrer Gehälter um 15—20 Prozent gestellt. Darauf hinzuwirkten die Unternehmer mit einem Prozentzonen-Lohnabzug. Diese hingerufenen Schiedsgerichte nahmen die Angestellten auf und traten am 2. Oktober in den Streit. Nunmehr verlangten die Unternehmer von dem technischen Personal (Grafenreiter usw.) die Verstärkung von Streitarbeit, welches Angestellten ganz selbstverständlich von den Arbeitern abgelehnt wurde.

Das nahmen die Zeitungsförderer Scherl, Moos, Ullstein und ihre Aborte zum Anlaß, am 7. Oktober 16000 Arbeiter einzupreisen. Da es den Unternehmern nur um einen Machtkampf zu tun war und nicht um die Rechte des durch die Forderungen der Angestellten drohenden Raums der Zeitungsviertel, wie ihre Inhaber der Welt gesehen haben wollten, geht doch daraus hervor, daß die viel weniger Gewalttätigen Arbeitgeberverlage "Vorwärts", "Arbeiter", "Märkte" die Anträge der Angestellten von vornherein glatt bewilligen. Unternehmer ist aber ein während des Kampfes erzielenes Extrabudget der "Kreuzzeitung", in dem das Unternehmen dieser Zeitung damit begründet wurde, daß bereits im Mai 1919 ein Übereinkommen des Arbeitgeberverbandes im Berliner Zeitungsgewerbe getroffen wurde, den Bestrebungen der Arbeitgeber eine solidarische Front der Arbeitgeber gegenüberzustellen". Der Verlag der "Kreuzzeitung" hatte sich schon mit den Angestellten geeinigt hatte. — Der Kampf ist am 14. Oktober beendet worden. Die Angestellten erhalten 12—15 Prozent Gehaltsaufwertung, die

Arbeiter 75 Prozent der Arbeitsmarktlage befürchtet, sie leben 25 Prozent ihres Einkommens aus entlohnten Tätigkeiten erledigen nicht. Dafür wird die 12 Monate lang zu tun in vorbereiten, die für drei Monate und Anfang des Jahres geplanten. Das Verteilungssystem der Arbeitsmarktlage ist in den Unternehmen längst ein festes Grundstück.

.....  
Gurdibay

Robert Siebia f. C. Siebia, der nach dem Ende des  
"Generalstabs" nicht von der Frontlinie zurückkehrte,  
die er mit an den am 16. Februar 1918 ver-  
bliebene unbekannte Begegnung Robert Siebia, das  
am 27. Februar an den Anfang einer Monotonie und  
des Todes mit am 29. März 1918 die Welt verließ  
und dort vom Versteckende bis 1941 nicht wieder auf-  
fand. Seine Eltern waren aus dem Kreis der 17. Märkte  
in Berlin, beide Erwachsene ohne Kinder. Der Vater war  
berühmt gewesen durch einen seitentherapeutischen  
Institutseifer der Stadt Berlin. Siebia war ein sehr  
feiner Mensch, in den Dingen der Künste und Wissenschaften  
sehr gut und am Chor darin ungetütes Gesangtalent.  
Durch seinen Sohn entdeckt und späterer Förderer des  
Generalstabs und Zeitgenosse Robert Siebia, der von  
einem anderen.

**Petition** — A written document filed with a court or other tribunal, setting forth a claim or cause of action.

4. *Examination by the collector's brother*. — See  $\Psi$  above.

the first time in the history of the world, the people of the United States have been compelled to make a choice between two political parties.

• Erreger •

Ergebnisse

#### **Überzeugungen, Sichtweisen und Eindrücke**

.....  
.....

Now, we can see that the  $\mu$  and  $\sigma$  terms are not needed for the first term.

The first foreign claim and liability on such third

On the other hand, the results of the present study indicate that the use of the *in vitro* technique to predict the *in vivo* absorption of a drug may not be reliable.

**Mountains Mountains** — The highest peaks. We can distinguish three groups of mountains, the highest being the Westward Range.

**Temperature-Dependent** — As the temperature increases, the rate of diffusion increases. The diffusion coefficient is proportional to the square root of the temperature.

*Editorial Board*

*Argiope* *aurantia* *ad. m.* *var. tenuis* *Le Conte* *Maassen* *Hoffmann*

On the 1st of January, 1863, the first day of the new year, the slaves of the United States were freed by the Emancipation Proclamation.

**Author:** John G. Hartung, Jr., Ph.D.  
**Editor:** J. W. Hartung, Jr., Ph.D.

Die Catechetenwaltung. — 3. H. 1911. — Seite 1

Arbeiter 75 Prozent der Ausperrungstage bezahlt, über die restlichen 25 Prozent soll ein Schiedsgericht entscheiden. Abregelungen erfolgen nicht. Dieser Erfolg ist der glänzenden Solidarität zu verdanken, die sowohl Arbeitnehmer als auch Angestellte gegenwärtig besitzen. Das Verhalten eider Arbeitnehmergruppen während des fünf Monatigen Kampfes ist nur zu rühmen.

### Rundschau

**Robert Siebig f.** Bei Medienberichten dieser Tumulte der „Gewerkschaft“ geht uns von der Erzählerin Berlin die traurige Nachricht zu, daß am 15. Oktober 1920 der ehemalige Vorsitzende unseres Verbandes, Robert Siebig, im Alter von 57 Jahren an den Folgen einer Wagenoperation gestorben ist. Siebig trat am 20. März 1898 als Mitglied in unseren Verband und war sein Vorsitzender bis 1903. Nachdem Bruno Pöschl an seine Stelle getreten war, übernahm er die Leitung der Filiale Berlin, deren Vorsitzender er bis 1919 war. Zu den letzten Jahren gehörte Siebig das Amt eines Kontrollenkommissars bei der Betriebskontrollstelle der Stadt Berlin. Robert Siebig, der bis zu seinem Eintritt in den Dienst der Kontrollen hütterter Arbeit vertrat, hat sich um die Entwicklung unseres Verbandes reichlich verdient gemacht. Sein ehrlicher und biederer Charakter als Metzger, Gewerkschafter und Sozialdemokrat sicherten ihm ein dauerndes Andenken.

**Die Folgen des Kohlenabkommens von Spa.** Die Entente hat Deutschland zur Abgabe von 200.000 Tonnen Steinkohle in verpflichtet. Im Monat August sind auf Grund dieser Verpflichtung abgeliefert worden 191.5612 Tonnen. Die fehlenden 21.438 Tonnen sollte Italien aus Überlieferungen haben, konnte sie aber nicht, wie vertraglich, mit eigenen Wagen abholen, wodurch der dort aus vorhanden wurde. Wo die Kirche erhalten blieb, wurde die Abholungserfordernis erfüllt, sogar noch über die Bildungsgrenze hinaus. Zu diesem Datum lag nun die „Arguszeitung“ u. a. „Anekdond“ nicht die vollständig vorliegende im August im Widerstreit mit den Erfahrungen der Deutschen in Spa, wonach die jüdische Abholerfahrt der 2 Millionen Tonnen monatlich die deutsche Verbauträteidauer leicht übersteigen würde. Aber nur schematisch! Im Verlauf zu den letzten Monaten vor Spa ist die deutsche Verbauträteidauer im August mit über eine Million Tonnen Steinkohle weniger hergestellt worden! Sohn werden zahlreiche Betriebeindianungen, Betriebsstillstellungen und Arbeitsentlassungen wegen Kohlemangel gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen wählt im bedrohlichen Höhe. Vor Spa haben sich Fabrik, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Ferrocarril und Eisenbahnen und die Schiffahrt mit einzigen holländischen Betrieben beseitigen können. Im August ist bereits von diesen Vorräten gezeichnet worden und man lebt seit vor den letzten Jahren; u. d. die auch einen stärkeren Nachstand verwendete macht. Die hiesigen in Aussicht genommenen Verbrauchserhöhungen mühten wegen des Spa-Abkommens so gering befürchtet werden, doch man mit großer Sorge dem Winter entgegenseht. Nach dem monatlichen Berichtslängenland der der Wiedergutmachungsvereinigung in Berlin zur Begutachtung unterbreitet werden mögl., erhält die deutsche Industrie im September über 1½ Millionen Tonnen weniger Steinkohlen als im Juni d. J. wenn die Förderung nicht höher wird. Es wird endlich daran gearbeitet, möglichst mehr Absatzmotive als Erfolg für Steinkohle zu verwerten, aber hierzu bedarf es löslicher und oft langwieriger Maßnahmen der Steuererleichterungen. Die oberschlesische Steinkohle hat überdies mit den dritten Teil des Gewerbes der Steinkohle. Es müssen daher bestehend mehr Steinkohlefabriken gebaut werden, wozu es immer noch an Betriebsrassen fehlt. Gelingt es Deutschland in den kommenden Monaten nicht, seine Steinkohleförderung um mindestens eine Million Tonnen monatlich zu erhöhen und steht uns nicht, wie in Spa verhexten, die oberschlesische Steinkohleförderung in gerechter und unparteiischer Weise zu Gebote, dann können wir uns bald in einer sehr schweren Krise befinden! Wenn am 15. November durch die Entente vereinbart festgesetzt wird, daß die Lieferungen im August, September und Oktober 1920 keine 6 Millionen Tonnen betragen, dann droht dem Aufgebot die militärische Verbannung durch die Entente! Wir wollen das nach besten Kräften verhindern. Aber niemand kann über seine Kraft. Die deutsche Steinkohleförderung hat in den ersten fünf Monaten 1920 rund 73.1 Millionen Tonnen betragen. Das sind 27 Millionen Tonnen weniger wie zuletzt im 1919 aber schon 15 Millionen Tonnen mehr wie gleichzeitig 1919. Bei uns wird also angestrengt gearbeitet. Die Steinkohleförderung für Januar-Juli 1920 lädt 61.4 Millionen Tonnen beträgen. Das sind sogar 12 Millionen Tonnen mehr als 1919. Die Entente mag daraus erschließen, daß die gute Fülle zum Widerstand bei uns vorhanden ist. Eine weitere Steigerung der Kohleproduktion und gerechte Verteilung der Kohleproduktion anzustreben werden. Dazu soll auch die Sozialisierung des Bergbaues dienen.

**Tagung des Reichsstädtebundes.** In Weimar tagte vom 19. bis 22. September der Reichsstädtebund. An diesem sind mehr als tausend mittlere und kleine Städte Deutschlands zusammengeschlossen. Syndicus Dr. Haesel sprach über die Finanzlage der deutschen Städte. Er zieht, daß es jetzt bei der Einvernehmen darauf kommt, einen für die Gemeinden günstigen Verteilungsmittel zu ermitteln. Dann votierte er mit einer Reihe von neuen Beschlüssen auf. Die Wohnungswirtschaft mußte als die sozial günstigste erscheinen. Die Wohnungswirtschaft mußte als die produktive Wohnungswirtschaft als annehmlich, doch durfte sie nicht zu sozialen Nachteilen führen. Die Mietzinsen müssen unbedingt den Gemeinden bleiben. Es ist dagegen Einspruch zu erheben, daß den Städten das Recht gegeben werden soll, die Lohnabschaffung in seinen steuerpflichtigen Gemeinden, die sie bisher nicht eingeführt haben, ganz in Ansicht zu nehmen. Die Gemeinden müssen das Recht erhalten, die Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, da durch die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit mitpreisen. Die Städte benötigen durchweg die Errichtung. Die städtischen Werke müssen unter allen Umständen sich rentieren. Der Kapitalmarkt ist zu vermeiden. Bürgermeister Stoll, Lauenburg (Elbe), erwiderte, daß das Prinzip der Sparsamkeit bei den mittleren und kleinen kommunalen Verwaltungen durchweg streng beobachtet werde. In diesen Verwaltungen werde auch bei einer durchgängig geringen Zahl von Beamten und Angestellten ein rechtssicheres Maß von Arbeit geleistet. Der weiteren entwickele er den sozialistischen Standpunkt zur kommunalisierten. Bürgermeister Rohde, Ahrensburg, will den Ertrag der Wohnungswirtschaft nicht als Kapital, sondern zur Vergütung und Amortisierung der für die produktive Wohnungswirtschaft aufzunehmenden Kosten verwenden, damit etwas nützliches Großzügiges geschaffen werden kann. Am zweiten Tage kam es zu einem Streit zwischen den sozialistischen Parteien bezüglich des Ernährungsproblems, das Hauptinteresse. Der sozialistische Stadtvorsteher Porten, Zwickau a. d. E. wies auf den Marktsturz hin, die Preissteigerungen der Händler und die Zuständigkeiten der Zollabteilungen hin, die den Handel besonders hohe Preise bieten. Der Reichsstädtebund hofft die Preise sofort einzufrieren und für eine entsprechende Verordnung die Städte zu entsprechenden Preisen einzutragen. Die Bevölkerung summierte diesen Ausführungen zu. In der Aussprache wurde allgemein empfohlen, direkt mit den Landwirten in Verbindung zu treten. — Am Schluss wurde die Verstärkung des Giammerverbandes um zwei Mitglieder beschlossen. Zum Abschluß wurde ein Sozialdemokrat, Bürgermeister Stoll aus Lauenburg a. d. E. in den Vorstand gewählt.

### Briefkasten

**D. Durach.** Weicht Ihnen nicht gefährdet werden, weil infolge, außerdem durch die zu frühe Einwendung verletzt.

### Eingegangene Schriften und Bücher

**Die neue Steuergesetzgebung.** Herausgeber für Arbeitnehmer, Beamte, Handwerker. Von Walter Doeckel, Union-Druckerei und Verlagsanstalt 19. m. b. H. Alzhausen a. M. Preis 4,50 M.

**Kommunalpolitische Probleme,** von Paul Hirsch. Verlag Quelle u. Meyer in Leipzig. Ges. 4,40 M., geb. 5,60 M.

**Nur die dritte Internationale!** (Die U. Z. P. am Schweizerweg) von Kurt Seeger nebst Beiträgen von Walter Doeckel und Paul Hennig sowie einem Vorwort von Ernst Däumler. Verlag des „Arbeiterstaates“, Berlin, Münzstraße 21 III. Preis 1,50 M.

**Das Reichsversorgungsgesetz mit Erläuterungen und Rententabellen** (Gesetz und Verordnung bis zum 30. Juni 1920). Berlin SW. 68. Verlag: Reichsstädtebund der Kriegsbeschädigten, Kriegsleistungsbemerkungen, Berlin SW. 49, Wilhelmstraße 9. Preis 3 M. und 20 Proz. Zeitungsschlag.

**„König und Frau“.** Von Heinrich Reichenbach. Preis 8,50 M. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. —

**Kommunistische Rundschau.** Herausgegeben von Ernst Däumler, Kurt Seeger, Walter Doeckel. A. Hoffmann Verlag G. m. b. H., Berlin S. 27, Altenstrasse 22 I. Preis pro Heft 1 M.

**Wahlrecht der verkappte Republikaner.** Von Max Nevers. Hagenauer Verlag. Wien X. —

### Filiale Frankfurt a. M.

Reicht zum vorläufigen Antritt eine lästige Agitationstraktat. Bewerberinnen oder Bewerber müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft in allen künstlichen Arbeiten gemacht und reden sich bestätigt sein. Den Bewerberinnen schreibt es ein langer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beigegeben.

Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ am 1. Dezember der Filiale Frankfurt a. M., Alte Heiligengeiststr. 57, III. Stock, bis spätestens 15. November einzureichen.

**Die Ortsverwaltung.** A. A.: Bill. Schneider.